

Der einleitend skizzierte Anlass für die hier untersuchte Forschungsfrage nach der subjektiven Bedeutung von Partizipation für (als benachteiligt etikettierte) Jugendliche in der Jugendarbeit ist in den Zuschreibungsprozessen begründet, die Heranwachsenden ein abnehmendes Interesse an gesellschaftlicher und politischer Einmischung bzw. die Nicht-Partizipation unterstellen. Die Frage nach der Partizipation benachteiligter Jugendlicher in der doppelten Bedeutung des Wortes Partizipation – des Teilhabens im Sinne eines Zuganges zu gesellschaftlich relevanten Ressourcen und der Teilnahme im Sinne aktiver Beteiligung – berührt unterschiedliche theoretische Diskurse. Im Folgenden wird dargestellt, wie Partizipation in diesen Diskursen verortet wird und wie diese mein Forschungsverständnis und meinen Forschungszugang rahmen. Ziel dieses Kapitels ist die theoretische Klärung eines Verständnisses von Partizipation, das Ungleichheit reproduzierende Zuschreibungen vermeidet und offen für die biografische Perspektive der Subjekte ist.

Ein Kapitel zu *Jugend in der Spätmoderne unter der Perspektive gesellschaftlicher Teilhabe* (2.1) thematisiert Jugend in Bezug auf Fragen gesellschaftlicher Teilhabe als ein spezifisches gesellschaftliches Konstrukt, welches sich in spätmodernen Gesellschaften an den realen Teilhabemöglichkeiten bricht und damit äußerst widersprüchliche Rahmenbedingungen für Heranwachsende schafft. Hieran schließt sich ein Überblick über den *Forschungsstand zur Partizipation Jugendlicher* an (2.2), in welchem Forschungsergebnisse zu den Einstellungen Jugendlicher zu politischer und sozialer Partizipation, zur Rekonstruktion subjektiver Bedeutungen von Partizipation und zur Partizipation im Feld der Kinder- und Jugendhilfe zusammenfassend dargestellt werden; zugleich werfen diese Ergebnisse die Frage nach dem Verständnis von Partizipation auf. Dem folgen

einige grundlegende Überlegungen zum Bedeutungsgehalt des *Partizipationsbegriffs* (2.3). Hiervon ausgehend und in Abgrenzung zu einem formalen Partizipationsbegriff wird ein weites Partizipationsverständnis definiert, wie es dem empirischen Teil der Arbeit zugrunde gelegt wurde. Hieran schließen sich Ausführungen zu *gesellschaftstheoretischen und politischen Perspektiven auf Partizipation* (2.4) an. Unter einer demokratietheoretischen Perspektive steht Partizipation für den Modus der Regulierung des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft und für die Teilhabe- und Teilnahmemöglichkeiten von Menschen am Gemeinwesen. Wie diese konkret ausgestaltet werden, hängt nicht zuletzt von der Funktion ab, die Partizipation zugewiesen wird, sie rahmt damit auch die Partizipationsmöglichkeiten von Heranwachsenden. Einer über den Staatsbürgerstatus rechtlich verbriefen Gleichheit aller Bürger_innen einer Gesellschaft steht die Ungleichverteilung von materiellen, sozialen und kulturellen Ressourcen gegenüber, welche Teilhabe- und ungleiche Zugangsmöglichkeiten strukturiert. *Pädagogische Perspektiven auf Partizipation* (2.5) ergeben sich aus dem Konstrukt von Jugend als Vorbereitungsphase auf den Erwerb des Vollstatus des erwachsenen Bürgers und der Erziehung hierzu. Pädagogisches Handeln bewegt sich dabei immer im Spannungsfeld von Pädagogik und Politik: im Widerspruch, Heranwachsende einerseits als zu Erziehende zu sehen und andererseits als ernst zu nehmende Teilhabende und Teilnehmende. Bildung und Erziehung vollziehen sich hierbei immer im Modus der Ko-Produktion, pädagogisches Handeln ist daher an partizipatorische Aushandlungsprozesse gebunden. Vor dem Hintergrund modernisierungstheoretischer Überlegungen gilt dies in besonderem Maß. Die Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit ist gesetzlich verankerter Auftrag der Jugendarbeit und dort mit den Postulaten der Freiwilligkeit, Offenheit und Aushandlung in ihrer grundlegenden Konzeptionierung stark auf Partizipation angelegt. *Biografische Perspektiven auf Partizipation* (2.6) fokussieren subjektiv bedeutsame Aneignungsprozesse in Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Strukturen und stellen einen Zugang zu der Frage dar, wie Heranwachsende eine staatsbürgerliche Identität oder zivilgesellschaftliche Handlungsmuster ausbilden. Das letzte Kapitel befasst sich kritisch mit einer zunehmend neoliberal geprägten Deutung von Partizipation als Selbstverantwortung, welche Fragen sozialer Ungleichheit individualisiert und mangelnde Teilhabemöglichkeiten der Verantwortung des Einzelnen zuschreibt. Es thematisiert damit eine *Kritik der Partizipation* im Hinblick auf den damit verbundenen *Aktivierungsdiskurs* (2.7). Ein *Zwischenfazit* zur theoretischen Rahmung der vorliegenden Arbeit im Sinne von *Partizipation als Scharnier zwischen Individuum und Gesellschaft* fasst die theoretischen Analyseperspektiven zusammen und fokussiert diese noch einmal im Hinblick auf

die Forschungsfrage und die Forschungslücke, zu deren Schließung diese Arbeit einen Beitrag leisten möchte (2.8).

2.1 Jugend in der Spätmoderne unter der Perspektive gesellschaftlicher Teilhabe

Jugend als Lebensphase und Lebenslage in der Spätmoderne unter der Perspektive von Partizipation in den Blick zu nehmen, dient nicht nur einer Einbettung der Forschungsfrage der vorliegenden Arbeit in heutige Rahmenbedingungen des Aufwachsens, sie berührt auch die gegenwärtige Problematik von Jugend gewissermaßen im Kern. Der Begriff der Lebensphase kennzeichnet Jugend als Statuspassage im Lebenslauf, welche Jugendliche als Gesellschaftsmitglieder markiert, deren volle Teilhaberechte zugunsten einer Bildungsphase auf einen späteren Zeitpunkt zurückgestellt sind. Die Bezeichnung Lebenslage steht für die Lebensverhältnisse im Sinne eines Zusammenspiels von sozialen, ökonomischen und kulturellen Differenzierungen, des (ungleichen) Zugangs zu und der Teilhabe an Ressourcen, aber auch für die subjektiven Dimensionen im Sinne von Interessen, Erwartungen und Entscheidungen junger Frauen und Männer (Walther 2008; Schröer 2002a, b; Böhnisch 2005). Lebenslagen sind „Spielräume der Ermöglichung von Erfahrungen der eigenen Lebenssituation im Kontext ihrer sozialen Umwelt“, welche „psychosozial verengende, regressive, wie psychosozial erweiternde, sozial öffnende [...] sein können“ (Böhnisch und Schröer 2012, S. 101). Menschen sind also „nicht einfach von ihrer Lebenslage ‚betroffen‘ [...], sondern [setzen] sich mit ihr – bewusst reflexiv oder unbewusst agierend – auseinander [...], [suchen] ihre Interessen aus der Lebenslage heraus zu verwirklichen [...]. Interessen sind aber nicht einfach subjektiv gesetzt, sondern entwickeln sich in und mit der Entwicklung der Lebenslage“ (ebd.).

Jugend als Statuspassage gilt als eine ‚Erfindung‘ der Moderne, ein gesellschaftliches Konstrukt, welches sich mit der Institutionalisierung des Lebenslaufs als chronologische Folge von Lebensphasen herausgebildet hat. Während in vor-modernen Gesellschaften die Weitergabe von Wissen und Arbeit stark in familiäre Strukturen und religiöse Ordnungen eingebettet war, ging die „europäische Moderne [...] mit der Freisetzung des Individuums aus kollektiven Ordnungsmustern und mit der sich rasant beschleunigenden Differenzierung gesellschaftlicher Arbeitsteilung“ einher, welche „die Vermittlung zwischen menschlichem Leben und Gesellschaft regelungsbedürftig“ (Walther und Stauber 2007, S. 21) machte. Die Trennung von Arbeit und Familie sowie steigende Anforderungen im Bereich der Arbeitswelt führten zur Einrichtung eines öffentlichen Schul-

systems, das zentraler Baustein einer „institutionalisierte[n] Differenzierung des Lebenslaufs“ (ebd.) in eine Bildungs-, Erwerbs- und Ruhephase wurde. Die damit verbundene Freisetzung der Menschen aus „traditionellen Bindungen“ als „Teil eines umfassenden Individualisierungsprozesses“ geht mit der Notwendigkeit einher, „das eigene Leben biografisch vorausschauend zu gestalten und in einen einheitlichen und vor allem kontinuierlichen Identitätsentwurf zu reintegrieren“ (Lenz 1998, S. 55). Hierauf wird weiter unten zurückzukommen sein. Dem Bildungssystem als Zugang zu und Qualifizierung für den Arbeitsmarkt kommt die Funktion zu, jungen Menschen ihrer formalen Qualifikation entsprechend unterschiedliche Hierarchieebenen des Arbeitsmarktes und damit unterschiedliche Teilhabechancen zuzuweisen. Formale Bildung kann insofern „auch als ein wichtiger Faktor gesellschaftlicher Individualisierung“ gesehen werden, „als sie ungleiche [Teilhabe-] Chancen individuell zuschreibt“ (Walther und Stauber 2007, S. 21).

Mit der Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht wurde Jugend zu einer Statuspassage für alle jungen Menschen und damit zu einer Phase der Freistellung, die der Entwicklung, Qualifizierung und Vorbereitung für Arbeitswelt und Erwachsenenphase vorbehalten ist. Dieses Herausnehmen bedeutet jedoch nicht nur Schon- und Freiraum, sondern auch Abhängigkeit von der Elterngeneration und macht Jugend zu einer sozioökonomisch und institutionell konstruierten Statuspassage mit eingeschränkten Teilhaberechten und -pflichten (ebd.). Integration im Sinne des Erwerbs voller Teilhaberechte der Erwachsenenwelt wird also zugunsten einer Zeit der Separation zunächst zurückgestellt (Böhnisch et al. 2009, S. 189ff.).

Mit der Krise der Arbeitsgesellschaft und des Sozialstaates haben sich die strukturellen Rahmenbedingungen und damit auch (oder insbesondere) Übergangsprozesse von Jugendlichen, im Sinne einer Individualisierung von sozialen Risiken und Lebenslagen, verändert. Die Tatsache, dass formale Bildung längst keine Garantie mehr für einen gesicherten und dauerhaften Übergang in Arbeit ist, steht im Widerspruch dazu, dass Bildung zugleich als *die* zentrale Ressource für Teilhabe und Integration gesehen wird; „das gesellschaftliche Übergangs- und Integrationsarrangement Jugend [hat] an Selbstverständlichkeit und Verlässlichkeit eingebüßt [...]“ (Böhnisch 2005, S. 144). Die Gestaltung dieser Phase ist zugleich stärker individuell zu verantworten. Die Tatsache, dass Chancen und Scheitern hierbei oft nah beieinander liegen, verweist auf unterschiedliche Verfügungsmöglichkeiten von Ressourcen entlang Strukturen sozialer Ungleichheit. „Im öffentlichen Bewusstsein“ wird dies „immer weniger [als] eine Frage der Chancenstruktur und immer mehr als eine Frage des ‚unangemessenen Verhaltens‘ bzw. des Verharrens in einer Kultur der Unterschicht“ gesehen (Heitmeyer et al. 2011, S. 10). Scheitern wird damit individuell zugeschrieben.

Im Hinblick auf eine derartige Teilhabe- und Integrationsperspektive befinden sich Jugendliche in einer widersprüchlichen Situation: Einer biografisch sehr viel früheren Verselbstständigung „in sozialer, moralischer, intellektueller, politischer, erotisch-sexueller, kurz gesprochen in soziokultureller Hinsicht“ (Chassé 2008, S. 106) steht ein lebensgeschichtlich längerer Verbleib in Schule und weiterführendem Bildungssystem gegenüber; ein „Lebensbereich, der wenig Verantwortungserlebnisse zulässt und sich durch einen hohen Grad an Fremdbestimmung auszeichnet“ (Böhnisch et al. 2009, S. 189). Zugleich sind (gute) Bildungsabschlüsse von enormer Bedeutung für den weiteren Lebensverlauf, ohne dass klar wäre, inwiefern und wann hiermit Berufsziele und eine (sichere) Einmündung in die Arbeitswelt bewerkstelligt werden können. Die Erreichbarkeit einer ökonomischen Unabhängigkeit im Sinne der Sicherung einer eigenen Existenz ist damit auf unbestimmte Zeit verschoben oder prekär. Andreas Walther und Barbara Stauber sprechen von einer „Yoyoisierung“ der Lebensphase Jugend, in der sich vor allen Dingen junge Erwachsene über Warteschleifen, Um- und Irrwege und Neuanfänge subjektiv „irgendwo“ zwischen Jugend und Erwachsenen sein“ (Walther und Stauber 2007, S. 37) befinden.

Gleichzeitig kommt es zu einer Verdichtung der Jugendphase im Sinne eines zunehmenden Beschleunigungsdrucks, die in erster Linie mit der Effizienzsteigerung von Schule und Studium zu tun hat, in denen in kürzerer Zeit immer mehr erreicht werden soll. Im Sinne des „unternehmerischen Selbst“ (Bröckling 2007) wird die Jugendphase – so Heitmeyer, Mansel und Olk (2011, S. 23) – „auf die Dimension des ökonomisch Nützlichen, verwertungsorientierten und effizienten Produzenten wirtschaftlichen Mehrwerts“ reduziert. Auf diese Weise werden Jugendliche enorm unter Druck gesetzt.

Die Lebensphase Jugend kann also nicht länger als eine mehr oder weniger unbeschwerte, von den Anforderungen der Erwachsenenwelt freigestellte Experimentierphase gesehen werden, sondern als ein Übergang ins Erwachsenenalter, der für viele junge Menschen „nicht nur länger, unstrukturierter und unsicherer, sondern auch individuell folgenreicher“ (Böhnisch et al. 2009, S. 193) geworden ist und bewältigt werden muss. Der Begriff der Lebensbewältigung (Böhnisch und Schefold 1985) steht dabei für den Versuch und die subjektive Notwendigkeit, im Hinblick auf die darin bedingten Lebenslagen immer wieder „psychosoziale Handlungsfähigkeit“ (Böhnisch 2005, S. 29) herzustellen und zu sichern, d.h. Widersprüche, Unsicherheit und die Folgen unabsehbarer Entscheidungen und Schritte subjektiv sinnvoll zu verarbeiten und zu integrieren.

Jugend ist also als sozioökonomisch und institutionell konstruierte Lebensphase zu sehen, die von den Jugendlichen angeeignet werden muss. In der Spätmoderne steht sie im Kennzeichen der Auflösung, Entgrenzung, Biografisierung

und Verdichtung, ist vom Einzelnen zu verantworten und verlangt die Schaffung eines subjektiven Sinns. Heranwachsende werden damit „in eine verwundbare Zone freigesetzt“ (Schröer 2002a, S. 82). Im Zustand „der Schweben, der Unwirklichkeit und Unbefangenheit, in dem sich Jugendliche im pubertären Alter befinden“ und in dem sie ihren Platz in der Gesellschaft suchen, „sind sie schon von der Bedrückung erfasst, ob sie diesen Platz je finden werden, von der diffusen Angst nicht mithalten zu können, und gleichzeitig von dem Frust, die eigene Jugend nicht ausleben zu können, wie man sie spürt“ (ebd., S. 92). Jürgen Mansel und Klaus Hurrelmann haben in einer Studie bereits 1991 erhöhte Stresspotenziale bei Jugendlichen ausgemacht, „infolge des Risikos, einen individuell entworfenen Lebensplan nicht realisieren zu können“. Auch die 16. Shell Jugendstudie (Shell Deutschland 2010, S. 37) und der 13. Kinder- und Jugendbericht (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2009, S. 44ff. u. 116ff.) verweisen auf einen „starken Anforderungsdruck“, dem sich die jungen Menschen ausgesetzt sehen.

In Bezug auf die Frage gesellschaftlicher Teilhabe und Partizipation befinden sich Jugendliche heute also in einer prekären Situation: Einerseits ist Jugend als Phase der Vorbereitung auf den Erwachsenenstatus von den vollen Teilhabepflichten und -rechten ausgenommen; zugleich müssen Jugendliche angesichts der Auflösung des Normallebenslaufs und wohlfahrtsstaatlicher Sicherung, in der damit einhergehenden zunehmenden Individualisierung sozialer Risiken, unabsehbare Entscheidungen treffen und verantworten, welche ihre (zukünftigen) Teilhabemöglichkeiten an Gesellschaft beeinflussen. Für sogenannte benachteiligte Jugendliche spitzt sich die Situation insofern zu, als sie über weniger gesellschaftlich anerkannte Ressourcen verfügen, um die damit verbundenen Prozesse zu bewältigen. Sie sind damit konfrontiert, potenziell als überflüssig zu gelten (vgl. Reutlinger 2003b; Stauber et al. 2007).

2.2 Zum Forschungsstand der Partizipation Jugendlicher

Nachstehend wird der Forschungsstand zur Partizipation Jugendlicher kritisch erarbeitet. Hierbei werden zunächst Befunde zu ihren Einstellungen bezüglich sozialer und politischer Partizipation, wie sie in den zentralen Jugendsurveys erhoben und gelesen werden, aufgezeigt, sodann Forschungsergebnisse, welche die subjektive Bedeutung von Partizipation aus Sicht der befragten Jugendlichen rekonstruieren, dargelegt und in einem dritten Schritt Ergebnisse zur Partizipation junger Menschen im Feld der Kinder- und Jugendhilfe skizziert.

2.2.1 Einstellungen Jugendlicher zu Partizipation im Spiegel von (Jugend-) Surveys

Die zentralen Jugendsurveys (Shell Jugendstudie 2010, DJI-Jugendsurvey 2012 und Freiwilligensurvey 2009) unterscheiden grundsätzlich zwischen politischer Partizipation im engeren Sinn und umfassender sozialer bzw. zivilgesellschaftlicher Partizipation. Die nachstehende Darstellung folgt dieser Unterscheidung und verdeutlicht zugleich, dass diese nicht trennscharf zu halten ist, da zivilgesellschaftliches Engagement immer auch politische Aspekte miteinbeziehen kann.

Der DJI-Jugendsurvey (Gaiser und Gille 2012) definiert in Orientierung an Kaase (2002, S. 350) *politische Partizipation* als „Verhaltensweisen von Bürgern [...], die sie alleine oder mit anderen zu dem Ziel unternehmen, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen“, und macht sie beispielsweise an der Bereitschaft und tatsächlichen Teilnahme an unterschiedlichen politischen Aktionen sowie an der Selbsteinschätzung des politischen Interesses der jungen Menschen fest. Die Shell-Studie definiert politische Partizipation nicht explizit, knüpft sie aber implizit an politisches Interesse, Wahlbeteiligung, Teilnahme und Teilnahmebereitschaft an politischen Aktionen und das Vertrauen in öffentliche Institutionen oder die Akzeptanz der Demokratie als Staatsform.

Wie Tab. 1 im Hinblick auf das politische Interesse Jugendlicher zeigt, verzeichnet die Shell-Studie (Shell Deutschland 2010, S. 131) zwischen 1984 und 2002 einen deutlichen Rückgang, seit 2006 jedoch wieder ein leicht gestiegenes Interesse an Politik. Die Erhebungen des DJI-Jugendsurvey (Gaiser und Gille 2012, S. 154ff.) ergeben eine deutliche Zunahme in Bezug auf ein ‚starkes politisches Interesse‘ von 22 % im Jahr 1992 bzw. 2003 auf 34 % im Jahre 2009. Ungeklärt bleibt bei dieser Frage, was Jugendliche mit dem Begriff des ‚Politischen‘ verbinden oder was sie unter ‚politisch interessiert‘ verstehen. Ein leicht gestiegenes Aktivitätsniveau im Bereich politisch verfasster Partizipation (wählen / in einer Partei mitarbeiten) und eine deutliche Steigerung im Bereich protestorientierter Formen (z.B. Teilnahme an Demonstrationen) wird als ein zunehmendes Interesse an vor allem non-konventionellen Formen politischer Partizipation gelesen (ebd.). Des Weiteren machen sowohl die DJI-Jugendstudie (ebd.) als auch die Shell-Studie in ihren Ergebnissen ein erhebliches noch ungenutztes Partizipationspotenzial aus: So geben in der Shell-Studie 77 % der Befragten eine mittlere bis hohe Aktivitätsbereitschaft für eine Sache an, „die ihnen wichtig ist“, die jedoch in Diskrepanz zur tatsächlichen Beteiligung steht (11 % bzw. 13 %) (Shell Deutschland 2010, S. 146ff.). Das Vertrauen in öffentliche Institutionen – als Indikator für Politikvertrauen oder -verdrossenheit – scheint unverändert: Während das Vertrauen in

Polizei, Gerichte und Menschenrechts- bzw. Umweltschutzgruppen weiterhin eher hoch ist (3,3 bis 3,5 auf einer Skala von 1 = sehr wenig Vertrauen bis 5 = sehr viel Vertrauen), haben junge Menschen weiterhin deutlich weniger Vertrauen in Parteien, große Wirtschaftsunternehmen und neuerdings auch Banken (2,5 bis 2,6) (Shell Deutschland 2010, S. 140).

In Bezug auf die Wahlbeteiligung stellt der DJI-Jugendsurvey (Gaiser und Gille 2012, S. 149ff.) insgesamt eher eine relativ konstante Wahlbereitschaft seit 1992 fest, während die Anzahl derer, die angeben, tatsächlich auch ‚schon gewählt‘ zu haben, gestiegen ist. Dies steht im Widerspruch zur Wahlstatistik des Statistischen Bundesamtes, welche im Längsschnitt zwischen 1987 und 2009 insgesamt eine sinkende Wahlbeteiligung junger Menschen feststellt. Wobei der Unterschied auch dadurch erklärt werden kann, dass sich die Angaben des Statistischen Bundesamtes auf die Beteiligung an der Bundestagswahl beziehen, während die Angaben des DJI-Jugendsurvey (ebd.) sich auf eine beliebige zurückliegende Wahl beziehen. Vergleicht man die Zahlen des Statistischen Bundesamtes in Bezug auf die Wahlbeteiligung der gesamten Bevölkerung mit denen der Jugendlichen, wird deutlich, dass die festgestellte sinkende Wahlbeteiligung kein ‚Jugendproblem‘ darstellt, sondern dass die Wahlbeteiligung in der Gesamtbevölkerung gesunken ist.

Insgesamt kann also nicht eindeutig von einer sinkenden politischen Partizipation oder einem diesbezüglich wachsenden Desinteresse junger Menschen die Rede sein. Es scheint eher eine Distanz zu Politik im engeren Sinne und zu politischen Parteien zu geben, der jedoch ein wachsendes politisches Interesse und eine erstaunlich hohe Aktivitätsbereitschaft gegenüberstehen. Vor allen Dingen die Diskrepanz zwischen praktizierter politischer Partizipation und der angegebenen Bereitschaft kann aus Sicht der beiden Studien als ein Verweis auf vorhandene noch brachliegende Engagement-Potenziale gelesen werden.

Tabelle 1 Politisches Interesse und Partizipation

| Studie | Indikator / Frage | Ergebnisse | | | |
|--|--|----------------------|-------------|------------------------|-------------|
| | | 1984 | 2002 | 2006 | 2010 |
| Shell-Studie (2010) Survey (N=2.500) (12-25 Jahre) | politisches Interesse haben | 55 % | 34 % | 39 % | 40 % |
| | mittlere bis hohe Aktivitätsbereitschaft für eine Sache, die ihnen wichtig ist | - | - | - | 77 % |
| | | kommt infrage | | schon gemacht | |
| | in einer Bürgerinitiative mitmachen | 39 % | | 11 % | |
| | in einer Partei / politischen Gruppe mitarbeiten | 17 % | | 13 % | |
| | | 1992 | 1997 | 2003 | 2009 |
| DJI-Survey (Gaiser / Gille 2012) Survey (N=6.454) (18-29 Jahre) | starkes politisches Interesse | 22 % | 25 % | 22 % | 34 % |
| | an einer Protestaktivität teilgenommen | 50 % | 69 % | 69 % | 83 % |
| | Bereitschaft zu wählen | 93 % | 82 % | 94 % | 94 % |
| | schon einmal gewählt | - | 82 % | 84 % | 87 % |
| | | kommt infrage | | bereits gemacht | |
| | in einer Bürgerinitiative mitmachen | 39 % | | 5 % | |
| Wahlstatistik (2009) Statist. Bundesamt (Repräsentative Stichprobe) | | 1987 | 1990 | 2002 | 2009 |
| | Wahlbeteiligung Bundestagswahl | | | | |
| | Jugendliche unter 21 | 76,8 % | 64,7 % | 70,2 % | 63,0 % |
| | Vergleich Beteiligung Gesamtbevölkerung | 83,1 % | 76,3 % | 79,6 % | 71,4 % |

Quelle: Walther 2011, S. 208 – eigene Bearbeitung und Erweiterung

Auch das Thema *soziale Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement* (s. Tab. 2) wird in den einzelnen Studien an unterschiedlichen Indikatoren festgemacht und damit begrifflich unterschiedlich gefasst. Der DJI-Jugendsurvey unterscheidet diesbezüglich Mitgliedschaften und Aktivitäten in Vereinen und Verbänden als „klassische Form zivilgesellschaftlichen Engagements“ (Gaiser und

Gille 2012, S. 142) von Aktivitäten in Gruppen der „neuen sozialen Bewegungen“. Letztere stehen für eine „Partizipation in informellen Gruppen“ (ebd., S. 147), die im Hinblick auf soziale, ökologische oder politische Themen häufiger mit Mitteln des sozialen Protestes arbeiten und damit eher als flexible, punktuelle Aktionsformen zu sehen sind. Die Shell Jugendstudie definiert soziales Engagement als „aktiv sein im Alltag für andere Menschen“ (Shell Deutschland 2010, S. 152) und fragt die jungen Menschen danach, ob sie in ihrer „Freizeit für soziale oder gesellschaftliche Zwecke oder ganz einfach für andere Menschen aktiv“ sind (ebd.). Dies wird im Rahmen der Studie als Ausdruck einer sozialen Haltung gelesen, welche einem weiten Blick auf soziales Engagement Rechnung tragen und eine Verengung sozialen Engagements auf klassische Aktivitäten und Mitgliedschaften vermeiden will (ebd.). Damit legt die Shell Jugendstudie einen vergleichsweise weiten zivilgesellschaftlichen Partizipationsbegriff zugrunde, den sie über die Frage nach Inhalten des Engagements weiter differenziert.

Der vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebene Freiwilligensurvey differenziert ‚freiwillig Engagierte‘ von ‚öffentlich Aktiven‘, wobei letztere als ‚ohne Engagement‘ klassifiziert werden. Während die öffentlich Aktiven „außerhalb von Beruf und Familie irgendwo mitmachen, beispielsweise in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe“ (Picot 2011, S. 4), übernehmen die freiwillig Engagierten darüber hinaus unentgeltlich Aufgaben in einer Organisation. Damit zielt der Freiwilligensurvey zwar auf eine Erfassung möglichst vieler junger Menschen, die in irgendeiner Form aktiv sind, bindet die Definition zivilgesellschaftlichen oder sozialen Engagements jedoch an ein formales Kriterium, nämlich die Übernahme einer Aufgabe in einer Organisation. Die ‚öffentliche Aktivität‘ wird jedoch als eine „Art Vorstufe, ja Vorbedingung für stärkere Teilhabe, z.B. in Form von freiwilligem Engagement“ (ebd., S. 18) gesehen.

Was die Ergebnisse der hier angeführten Studien in Bezug auf soziale und zivilgesellschaftliche Partizipation anbetrifft, so verdeutlicht Tab. 2 auch hier insgesamt eher einen Zuwachs oder ein gleichbleibendes Aktivitätsniveau. So stellt die Shell Jugendstudie (Shell Deutschland 2010, S. 152) einen steigenden Anteil derjenigen fest, die angeben ‚oft aktiv‘ zu sein, während die Anzahl derer, die ‚gelegentlich‘ aktiv sind, kaum gesunken ist.

Was den Ort und die Art und Weise des sozialen Engagements anbetrifft, ist die Anzahl derjenigen, die angeben, dies im Verein zu tun, mit 47 % am höchsten und im Vergleich zu den anderen Erhebungswellen deutlich gestiegen. In anderen Bereichen, wie z.B. Kirchengemeinde, Jugendorganisationen, Rettungsdiensten, Bürgerinitiativen, ist die Anzahl der Aktiven leicht angestiegen oder gleich geblieben. Mit mehr als einem Drittel der Jugendlichen ist die Zahl derjenigen

Partizipationsbiographien Jugendlicher
Zur subjektiven Bedeutung von Partizipation im Kontext
sozialer Ungleichheit
von Schwanenflügel, L.
2015, XII, 285 S. 1 Abb., Softcover
ISBN: 978-3-658-06236-1